

MITTWOCHSKOLUMNE

Natürlich ähnelt die Finanzkrise einer Naturkatastrophe. Alle Merkmale sind präsent: Epizentrum, wachsende Zerstörungskraft, kalkulierbare Verbreitungsrichtungen und allmähliches Abklingen.

Wie ein Hurrikan bringt auch die weltweite Krise tausenden Menschen dramatische Verluste. Einen Unterschied gibt es allerdings: Der Markt ist kein unregulierbares Element, das sich von selbst entfesseln kann. Der Markt wurde von Menschen geschaffen und kultiviert. Eine besondere Anerkennung bekam Ihre Majestät der Markt nach dem Zusammenbruch der UdSSR. Ohne Bedenken wurde dieses Ereignis euphorisch als Sieg über den Marxismus gedeutet. Der große deutsche Philosoph und Ökonom Karl Marx wurde ideologisch begraben und seine Lehre endgültig abqualifiziert. Heute sieht es so aus, als ob ein für den politischen Kampf typischer Fehler gemacht wurde: Man schüttete das Kind mit dem Bade aus. Doch lassen wir Marx in Frieden ruhen – ob-

wohl sein Buch „Das Kapital“ in Deutschland in der letzten Zeit besser verkauft wird.

Kommen wir zurück zur Krise, die also keine Naturkatastrophe, sondern von Menschenhand gemacht ist. Hier tauchen zwei Fragen auf: „Wer ist schuld?“ und „Was tun?“ Um die erste Frage zu beantworten, wandte ich mich an „Google.News“. Die Ergebnisse überraschen mit ihrer Vielfalt, nicht aber mit der geografischen Herkunft: Alle Wege führen nach Amerika.

Im US-Kongress meint man, dass der Hauptsünder der früheren Notenbank-Chef Alan Greenspan ist. Seine Schuld bestehe darin, dass er die Idee der stärkeren Staatsregelung des Bankensystems verweigert habe. Noch eine nicht unbekannt Person auf der schwarzen Liste von Amerikanern heißt George Walker. Der Halb Cousin von US-Präsident George W. Bush und Leiter des Ressorts für globale Investitionen der Investmentbank Lehman Brothers habe die Warnungen vor einer heranrückenden Finanzkrise igno-

Von außen betrachtet



Andrey Kobyakov

Finanzkrise: Naturkatastrophe oder Verbrechen?

Der russische Journalist Andrey Kobyakov arbeitet für die Internetredaktion der „Deutschen Welle“

riert. Milliardär Warren Buffett beschuldigt alle amerikanischen Banken, die zu viele hochriskante Kredite ausgeben hätten. US-Senator Henry Waksman wirft den namhaften US-Ranking-Agenturen

Standard & Poor's und Fitch Ratings unsaubere Geschäfte vor. Diese hätten tausende Aktien grundlos hoch bewertet. Noch tiefer graben die Briten bei der Suche nach den Schuldigen: Laut „The Guardian“

sind es die Analytiker, die Programme für Börsenrechner entwickeln. Wie die Zeitung schreibt, tätigen Computer an amerikanischen Börsen bis zu 80 Prozent aller Abschlüsse. An der russischen RTS-Börse gehören zu den 20 besten Investoren sogar drei Handelsroboter, die blitzschnell aktuelle Börseninformationen analysieren und dann die Entscheidungen treffen. Aber alle solchen Programme sind mit einem Makel behaftet: Sie können die Kreditfähigkeit von Kunden nicht richtig einschätzen.

Absolut berechenbar sind dagegen die Ansichten russischer Spitzenpolitiker: Zur Krise habe ausschließlich „der wirtschaftliche Egoismus einiger Länder“ geführt, meint etwa Präsident Dmitrij Medwedew. Ebenso banal klingt die Anklage der Londoner „The Times“: Das Bankensystem sei in Misskredit gebracht worden, weil es im Blut von einigen Managern zu viel Testosteron gebe. Also, alle Unglücke gehen von Männern aus, und diese Krise

ist keine Ausnahme. Punkt.

Die Suche nach einem Sündenbock ist so schwierig, weil es gleich eine ganze Herde davon gibt. Eine Ursache könnte zum Beispiel die sich öffnende Schere zwischen den Reichen und Armen sein, und zwar nicht nur zwischen Bürgern innerhalb eines Staates, sondern auch zwischen den Ländern.

Diese Kluft zu schließen wäre eigentlich die Aufgabe von Politikern, denn Banker und Unternehmer sind in diesem Sinne per se blind und taub. Die heutige Situation beweist anschaulich, dass die Marktwirtschaft nicht allmächtig ist und die Krisen keine marxistische Erfindung sind, sondern Realität. Es sieht so aus, als taue in Krisensituationen allein der Staat als Stabilisierungsinstitution – dementsprechend sollte seine Rolle verstärkt werden. Nur der Staat kann die Ausbeutung der Demokratie verhindern. Und: Jeglicher Extremismus ist gefährlich: sowohl sozialistisch-planwirtschaftlicher als auch kapitalistisch-habsüchtiger.

STEINMEIER-REISE



Hilfsappell: Bundesaußenminister Steinmeier (li.) und Pakistans Präsident Zardari. FOTO: AP

Ohne Hilfe geht Pakistan bankrott

Islamabad – Pakistan ist nach Angaben von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier dringend auf einen Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen. Steinmeier sagte gestern nach Gesprächen mit pakistanischen Politikern in Islamabad, dem Land bleibe keine andere Wahl, als sich um Unterstützung des IWF zu bemühen. Dies müsse innerhalb einer Woche geschehen, um einen Wirtschaftskollaps zu verhindern.

Zuvor hatte Steinmeier die Golfstaaten aufgefordert, Pakistan mehr wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren. „Die Wirtschaft des Landes liegt bereits jetzt am Boden“, sagte Steinmeier vor der Abreise. Die Devisenreserven reichten vermutlich nur noch etwa drei Wochen, um die nötigen Importe zu finanzieren. Auch die internationalen Finanzinstitutionen müssten den Staat stabilisieren, der für den Kampf gegen den Terrorismus sehr wichtig sei.

Doch nicht nur finanziell

sieht es in Pakistan düster aus. El-Kaida-Terroristen und Taliban-Kämpfer tragen ihre Gewaltaktionen immer entschlossener in die pakistanischen Städte hinein. Beim Gang durch Islamabad fühlen sich manche an Kabul oder sogar an Bagdad in den gefährlichsten Zeiten erinnert. Seitdem vor fünf Wochen ein Lastwagen mit 600 Kilo Sprengstoff das Marriott-Hotel nahe der Nationalversammlung rammt und Dutzende Menschen in den Tod riss, herrscht in der pakistanischen Hauptstadt höchste Alarmstufe.

Das verbarrikadierte Regierungsviertel gleicht inzwischen einer „No-Go-Area“. Betonklötze sorgen an der „roten Zone“ entlang der Constitution Avenue dafür, dass Autos nur noch Schritt fahren. In kurzen Abständen sind Polizeisperren postiert. Schwere bewaffnete patrouillieren auch in Nebenstraßen. Die Nervosität vor drohenden neuen Anschlägen gerade im Vorfeld der US-Präsidentenwahl ist überall spürbar.

KINDER UND JOB

Was junge Eltern suchen

Beruf und Familie dürfen einander nicht mehr ausschließen. Andernfalls wandern Fachkräfte in familienfreundlichere Regionen ab – und Deutschland vergreist.

VON MONIKA REUTER

München – Karriere und hohes Gehalt alleine reichen nicht mehr. Wer heute motivierte Arbeitskräfte bekommen und halten will, muss ihnen die Möglichkeit geben, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Das ist das Fazit eines Praxistages der IHK zum Thema „Familienfreundlichkeit als Standortfaktor“ mit Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen.

Die Ministerin ist dabei, die Gesellschaft umzukrempeln: Mütter, die Karriere machen, Väter, die erziehen wollen, Firmen, die Familienfreundlichkeit praktizieren. Auch wenn vieles noch am Beginn steht, so hat die CDU-Politikerin doch binnen kürzester Zeit mehr bewegt als alle ihre Vorgänger im Amt. „Sie waren ein Glücksfall in dieser Position“, dankte ihr IHK-Vizepräsidentin Heidrun Brugger begeistert.

Die Erkenntnis, dass die Geburtenrate in Deutschland gestiegen werden muss, hängt auch mit dem drohenden Fachkräftemangel und unserem demografischen Problem zusammen. Studien zeigen, dass in Ländern, wo beide Eltern arbeiten, mehr Kinder geboren werden. Dagegen verabschiedet sich bei uns ein Großteil der hochqualifizierten Frauen mit dem ersten

Kind aus der Berufswelt – oder dem Land. Deutschland liegt zwar in der Frauenerwerbsquote im europäischen Durchschnitt, bei der Müttererwerbsquote aber am Ende der Skala. Von der Leyen macht dazu folgende Rechnung auf: 65 Prozent der Medizinstudenten im ersten Semester sind Frauen, beim Abschluss sind es noch 50 Prozent – bei den Professuren aber nur noch vier Prozent. Dafür habe sich ihr schwedischer Kollege „hoherfreut über die vielen deutschen Ärztinnen in schwedischen Krankenhäusern“ gezeigt.

Um das zu ändern, setzt die Ministerin auf drei Faktoren: Junge Familien brauchen finanzielle Unterstützung, eine gute Infrastruktur für Kinderbetreuung, und sie brauchen Zeit für ihre Kinder.

Eine Zäsur war hier das Elterngeld, insbesondere die zwei Vätermomente. Was Anfangs als „Pflichtdienst an der Wiege“ und „Wickel-Volontariat“ verspottet worden sei, findet zunehmend Akzeptanz. Inzwischen nehmen 16 Prozent der Väter das Elterngeld in Anspruch – die meisten davon in Bayern. „Die Gesellschaft muss lernen, dass ein Kind ein Recht auf seinen Vater hat“, sagt von der Leyen und meint damit in erster Linie die Industrie.



Familienfreundlichkeit gefragt: Ministerin von der Leyen beim Besuch der Krippe einer Hochschule in Hildesheim.

„Wir haben einen unternehmerischen Auftrag und keinen gesellschaftspolitischen“, stellt auch Christoph Mosmann, Geschäftsführer von Burgmann Industries, klar, räumt aber eine „gewisse Schnittmenge zwischen den Themen“ ein. Sein Betrieb sei familienfreundlich, weil das ein Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz sei, sagt er. Außerdem werde damit die „Bindewirkung der Mitarbeiter erhöht“.

Dieser Trend gilt insbesondere für Firmen mit hochqualifizierten oder vielen weiblichen Mitarbeitern. Allerdings müssten beide Seiten flexibel sein und keine überzogenen Forderungen stellen, merkt Marc O'Polo-Vorstand Jürgen Hahn an. Familienfreundlichkeit sei in seinem Unternehmen mit 75 % Fraueneanteil selbstverständlich.

Während das die Fluktuation verringert, führen schlechte Bedingungen schnell zu Abwanderung. Von der Leyen verweist in diesem Zusammenhang auf die neuen Bundesländer. Lange Zeit vom Ausbluten bedroht, setzt jetzt eine Wanderung in Städte mit guter Kinderbetreuung und innovativer Industrie ein. „Dresden hatte“, sagt die Ministerin zufrieden, „2007 erstmals wieder einen Geburtenüberschuss von 500 Kindern.“

LANDESBANK

Seehofer pocht auf Milliarden-Hilfe

München – Der neue bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) besteht auf Milliardenhilfen aus dem staatlichen Rettungsfonds für die zweitgrößte deutsche Landesbank BayernLB. „Den Banken muss geholfen werden, damit sich die Lage an den Finanzmärkten wieder beruhigt und stabilisiert“, sagte Seehofer. Die BayernLB hatte 5,4 Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds zur Stabilisierung der Bankenbranche beantragt. Möglicherweise will der Bund aber nicht die volle Summe übernehmen, sondern Bayern stärker verpflichten.

SYRIEN

Terroristenführer getötet

USA: Militärschlag galt Chef einer Schleuserbande

Washington/Damaskus – Die USA haben bei ihrem umstrittenen Militärschlag am Sonntag in Syrien angeblich einen Terroristenführer getötet.

Wie die Zeitungsguppe McClatchey Newspapers unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten US-Beamten berichtete, galt der Einsatz dem hochrangigen El-Kaida-Mitglied Abu Ghadija. Die USA haben ihn in der Vergangenheit für den Schmuggel ausländischer Kämpfer und Waffen in den Irak verantwortlich gemacht. Nach syrischer Darstellung

wurden mehrere Menschen getötet. Dem Medienbericht zufolge bezeichnete der Beamte Ghadija als einen der „herausragendsten, wenn nicht sogar den herausragendsten Schleuser“ in der Grenzregion. Der Militärschlag sei eine „erfolgreiche Mission“ gewesen. „Abu Ghadija gilt als getötet“, wurde der Beamte weiter zitiert. US-Regierungsbeamte bezeichneten den Militärschlag auch als Mahnung an die Regierung in Damaskus, das Eindringen von ausländischen Kämpfern in den Irak zu unterbinden.

ÖSTERREICH

Haider-Fotos: Polizist droht Klage

Klagenfurt – Die Kärntner Polizei hat einen Beamten suspendiert, der nach dem tödlichen Unfall des Rechtspopulisten Jörg Haider Fotos von dessen zerstörtem Auto gemacht und sie an Boulevardzeitungen verkauft hatte. Bei verschiedenen Medien waren Detailaufnahmen vom Unfallort aufgetaucht. Die Polizei selbst hatte entsprechende Bilder nicht freigegeben. Dem Polizisten droht ein Prozess wegen der Verletzung des Amtsheimnisses sowie ein internes Disziplinarverfahren. Er soll die Vorwürfe eingeräumt haben.

USA

Zweifel an Mordplänen

Komplott gegen Obama war „eher lose Absprache“

Washington – Die Pläne von Mitgliedern einer Skinhead-Gruppe zur Ermordung von US-Präsidentenwahlkandidat Barack Obama waren noch nicht weit gediehen und glichen eher einer losen Absprache. Das geht aus veröffentlichten Gerichtspapieren hervor. Die beiden 18 und 20 Jahre alten Neonazis waren in der vergangenen Woche festgenommen worden.

US-Medien zitierten einen Sprecher des Personenschutz-Dienstes Secret Service mit den Worten, es habe sich um keinen „formalen“ Plan gehandelt. „Wir können

ehrlich nicht sagen, ob sie die Fähigkeit oder die Mittel besaßen hätten, die Art von Plan auszuführen, über den sie gesprochen haben.“ Nach anderen Medienberichten waren die Männer bereits beim Waffenklau gescheitert. Ein Hund habe sie in die Flucht getrieben.

Nach Angaben des Justizministeriums müssen sich die beiden selbsterklärten Neonazis wegen illegalen Waffenbesitzes, geplanten Waffendiebstahls und Drohungen gegen einen Präsidentschaftskandidaten vor Gericht verantworten.

AKTUELLES IN KÜRZE

JAPAN

Hinrichtungen

In Japan sind zwei zum Tode verurteilte Mörder hingerichtet worden. Damit hat die Regierung in diesem Jahr bereits 15 Todesurteile vollstrecken lassen, so viele wie nie zuvor in einem Jahr seit Beginn der Bekanntgabe von Hinrichtungszahlen 1999.

SEEHOFFER/MERKEL

Per Du

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der neue Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sind jetzt per Du. Die Kanzlerin habe Seehofer bei einem Essen am Sonntagabend das Du angeboten, berichtet der „Donaukurier“.

FAMILIEN

Höherer Freibetrag

Familien werden vom kommenden Jahr an stärker entlastet als bisher geplant. Nach dem neuen Existenzminimumbericht von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) soll der jährliche Steuerfreibetrag für Kinder auf jeweils 6024 Euro erhöht werden. Der Freibetrag liegt damit etwas über dem Betrag von 6000 Euro, den die Bundesregierung erst Mitte Oktober dieses Jahres beschlossen hatte.

Das Datum

29. Oktober 1969:

In Kalifornien verbinden Wissenschaftler zwei Computer über eine Telefonleitung. Dies gilt als Geburtsstunde von Computernetzwerken und damit des Internets.

29. Oktober 1918:

Die Besetzung der Hochseeflotte in Wilhelmshaven weigert sich, zu einer aussichtslosen letzten Schlacht auszulaufen. Die Meuterei löst die November-Revolution aus.

ISRAEL

Wahltermin

Nach der gescheiterten Regierungsbildung werden in Israel am 10. Februar kommenden Jahres Neuwahlen erwartet. Es wird damit gerechnet, dass das Parlament sich kommende Woche selbst auflöst.

RUSSLAND

Reaktoren für China

Russland wird im größten chinesischen Atomkraftwerk Tianwan zwei weitere Reaktoren bauen. Darauf einigten sich die Regierungschefs von Russland und China, Wladimir Putin und Wen Jiabao, in Moskau, wie die Agentur Interfax meldete.

IRAN

Keine Kandidatur

Der frühere iranische Staatspräsident Mohammed Chatami will sich voraussichtlich nicht erneut um die Präsidentschaft bewerben. Derzeit sei er eher abgeneigt, im Juni kommenden Jahres noch einmal zu kandidieren, sagte Chatami.

GROSSBRITANNIEN

Labour holt auf

Die vor kurzem noch völlig abgeschlagene regierende Labour-Partei von Premierminister Gordon Brown hat in der Gunst der Wähler abermals zulegen können. Das geht aus einer neuen Umfrage hervor. Danach kommt Labour auf 31 Prozent, die Tories liegen bei 39.